parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 1 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Zwischenbericht der #Enquete-Rassismus
3 Jugendpolitik im FOKUS von Rot-Rot-Grün
4 Aktuelle Zahlen zu rechten Straftaten
5 Auftaktpressegespräch mit Ina Leukefeld

Kommentar

Entschädigung

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Frank Kuschel,
kommunalpolitischer Sprecher

Mit einer neuen Entschädigungsverordnung würdigt Rot-Rot-Grün das Engagement der vielen tausend ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Thüringen und wertet es auf.

Mit der Verordnung, die seit 1995 nicht mehr geändert wurde, werden die Entschädigungshöchstbeträge deutlich erhöht. Zudem wird eine Mindestentschädigungshöhe festgelegt. Diese beträgt die Hälfte der Höchstbeträge. Außerdem erfolgt ab 2020 eine Dynamisierung gemäß der veröffentlichten Preisentwicklungsrate.

Bei Gemeinden bis 5.000 Einwohnern erhöht sich der Betrag von 102 auf 160 Euro, bei Gemeinden bis 10.000 Einwohnern von 154 auf 240 Euro, bei Gemeinden bis 50.000 Einwohnern von 205 auf 310 Euro, bei Gemeinden bis 100.000 Einwohnern von 256 Euro auf 390 Euro und bei Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern von 307 auf 470 Euro. Angepasst wurde auch die Höhe des Sitzungsgeldes, und die Höchstsätze der sogenannten Sockelbeträge, die neben dem Sitzungsgeld gezahlt werden können, wurden deutlich erhöht.

Ich freue mich für die vielen ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker im Land, dass nach mehr als 20 Jahren die Entschädigungsverordnung geändert worden ist und ihr Engagement endlich angemessen gewürdigt wird.

Nicht zu stoppen

Verfassungsgericht machte Weg frei für Gemeindeneugliederungen

Das im Dezember beschlossene „Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019“ konnte jetzt wie geplant in Kraft treten. Der Weimarer Verfassungsgerichtshof hat am 21. Dezember einen Eilantrag zurückgewiesen, mit dem der Wartburgkreis den Wechsel der bisher zu seinem Gebiet gehörenden Stadt Kaltennordheim in den Kreis Schmalkalden-Meiningen verhindern wollte.

Die vom Wartburgkreis angeführten finanziellen Nachteile für den Landkreis würden weniger schwer wiegen als die Nachteile durch den Nichtvollzug des Gesetzes. Der Gesetzgeber wolle mit der kommunalen Neugliederung die Verwaltungskraft der Gemeinden stärken, hatte das Verfassungsgericht mitgeteilt.

„Mit der Entscheidung ist nun der Weg endgültig frei für das umfangreiche Neugliederungsprojekt zugunsten leistungsfähiger und bürgernaher Kommunalstrukturen“, sagte Frank Kuschel, Kommunalpolitiker der Linksfraktion. Die Versuche des CDU-Landrats des Wartburgkreises, Reinhard Krebs, die Reform zu stoppen, seien gescheitert.

„Das Verfassungsgericht bestätigte erneut, dass die inhaltlichen Vorgaben im Leitbild und die Eckpunkte zur Gebietsreform zukunftsfähig sind. Dieser positive Entscheid ist zusätzlicher Ansporn, das Reformkonzept für die Modernisierung der Kommunen in Thüringen weiter umzusetzen“, so der LINKE-Landespolitiker. Damit sei auch gesichert, dass in der Region Kaltennordheim/Hohe Rhön die Bürgerinnen und Bürger an den Kreistagswahlen im Landkreis Schmalkalden-Meiningen im Mai 2019 teilnehmen können.

Landrat Krebs wies darauf hin, dass eine abschließende Klärung im Hauptsacheverfahren im Laufe des Jahres 2019 getroffen werde.

Verfassungsgericht prüft Hartz IV

Menschenwürdegarantie macht auch Sanktionen verfassungswidrig

„Wenn das Bundesverfassungsgericht sein eigenes Grundsatz-Urteil aus dem Jahr 2010 ernst nimmt, muss es auch die Hartz-IV-Sanktionen für verfassungswidrig erklären. Das durch die Menschenwürdegarantie des Artikels 1 im Grundgesetz geschützte sozio-kulturelle Existenzminimum darf dann auf keinen Fall gekürzt werden, die Hartz-IV-Regelsätze müssen das Existenzminimum erfüllen und absichern“, so Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion.

Am 15. Januar (nach Redaktionsschluss) fand die mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Verfassungswidrigkeit von Sanktionen gegen Leistungsbezieher wegen angeblicher Pflichtverletzungen statt. Kernstreitpunkt des Verfahrens, dem ein Fall des Gothaer Sozialgerichts zugrunde liegt, ist, ob bei angeblichen Pflichtverletzungen, z.B. Verpassen von Terminen beim Jobcenter oder Zögern bei der Annahme bestimmter Jobangebote, der SGB II-(„Hartz IV“)-Regelsatz als Sanktion vom Jobcenter gekürzt werden darf - ggf. bis zum vollständigen Entzug. Die Befürworter dieser Sanktionen behaupten, sie seien für die Betroffenen motivierend, um ihre Mitwirkungspflichten bei Hartz IV doch zu erfüllen. Eine Zusatzfrage des Verfahrens ist die rechtliche Bewertung der Tatsache, dass solche Sanktionen gegenüber jüngeren Leistungsbeziehern härter ausfallen dürfen als gegenüber älteren.

„Für diese angeblich motivierende Wirkung der Sanktionen gibt es aus der Praxis soweit ersichtlich keine Belege. Im Gegenteil: Seriöse Untersuchungen zeigen, dass sich jüngere Betroffene dann lieber aus dem Hartz-IV-System abmelden und dem Sozialstaat und der Arbeitsvermittlung verlorengehen“, erläuterte die LINKE-Abgeordnete.

Sie rechnet damit, „dass in ein paar Monaten ein weiteres Grundsatz-Urteil in Sachen Hartz IV aus Karlsruhe kommt. Und es spricht vieles dafür, dass auch diese Entscheidung zeigen wird: Hartz IV ist verfassungswidrig und muss weg.“

Antifaschistischer Widerstand in Europa

Ausstellung im Thüringer Landtag vom 22. Januar bis zum 22. Februar

Der Thüringer Landtag zeigt vom 22. Januar bis 22. Februar die Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922 bis 1945“ des nationalen belgischen Instituts der Veteranen und Opfer des Krieges und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten.

Die Ausstellung wird am Dienstag, den 22. Januar, um 16 Uhr durch Landtagsvizepräsidentin Margit Jung und Dr. Ulrich Schneider, Sprecher der VVN-BdA in Deutschland und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten, Kurator der Ausstellung, eröffnet.

Auf 50 Tafeln wird dargestellt, wie Männer und Frauen aus den damaligen europäischen Ländern Widerstand geleistet haben und welche unterschiedlichen Ausprägungen ihre Aktionen in den einzelnen Ländern hatten. Die Ausstellung lebt durch eindrucksvolle Bilder und reproduzierte Dokumente, die die knappen erläuternden Texte unterstreichen.

Dabei wurden besonders solche Bilder gewählt, die die Breite und Tiefe des Widerstands darstellen, nationale Besonderheiten des Kampfes und allgemeine Tendenzen zum Ausdruck bringen. Die Ausstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie zeigt aber, dass der Widerstandskampf in allen europäischen Ländern in unterschiedlicher Form und unter Berücksichtigung der nationalen Spezifika stattfand. Sie wurde mittlerweile in zehn europäischen Ländern und in zahlreichen deutschen Städten gezeigt und ist in deutscher, französischer und englischer Sprache verfasst.

Erstmals gezeigt wurde die Ausstellung im Sommer 2013 im Europäischen Parlament in Brüssel.

Foto: © Linksfraktion Thüringen

Genossenschaften

Nachfolge gesucht

Genossenschaften tragen seit dem 19. Jahrhundert dazu bei, wirtschaftliches Handeln an die Ideen des Gemeinwohls zu binden. Wie sie sich für neue Aufgaben wappnen und gesellschaftliche Herausforderungen meistern können, war jetzt Thema eines Fachgesprächs, zu dem die LINKE in den Landtag eingeladen hatte. Dabei ging es auch um die hohe Zahl anstehender Unternehmensnachfolgen in Thüringen. Produktiv- und Handwerksgenossenschaften könnten zur Lösung beitragen. Gerade im ländlichen Raum sind Nachfolger für kleine Unternehmen oft schwer zu finden. Etablierte Unternehmen, die hier wichtige Anker sind, drohen kaputt zu gehen.
Mögliche Nachfolgen aus dem eigenen Unternehmen scheitern am mangelnden Selbstvertrauen von Beschäftigten. Sie fürchten, die komplexen Vorgänge einer Unternehmensleitung nicht allein bewältigen zu können oder haben nicht die finanziellen Mittel, um das Unternehmen zu erwerben. Genossenschaften wären eine Alternative: Alle Beschäftigten haben ein Interesse daran, dass ihr Unternehmen weiter besteht. Führen sie das Unternehmen nach dem Ausscheiden der Chefin oder des Chefs gemeinsam weiter, können Aufgaben und Belastungen der Leitungsfunktion und auch der Kaufpreis auf viele Schultern verteilt werden. Das Land – so unser Vorschlag – könnte diesen Schritt mit Bürgschaften für die Genossenschaftsanteile absichern.

MdL Dieter Hausold

Mehr Sensibilität für Diskriminierung

#EnqueteRassismus: Zwischenbericht schlägt Maßnahmen vor

Die Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ legt dem Landtag einen Zwischenbericht vor.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung wird uns auch in den kommenden Jahren weiter beschäftigen“, erklärten die Landtagsabgeordneten und Obfrauen der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen in der Enquete-Kommission Sabine Berninger (DIE LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Madeleine Henfling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Der Zwischenbericht enthält nicht nur eine Bestandsaufnahme, es werden vor allem umfangreiche Vorschläge für Maßnahmen u.a. in den Bereichen Bildung, Polizei, Justiz sowie Öffentliche Verwaltungunterbreitet. Der Bericht bietet eine gute Grundlage für die weitere parlamentarische Beratung.

Sabine Berninger verwies auf die verschiedenen Anhörungen, zu denen die #EnqueteRassismus eingeladen hatte. „Dabei ist eines immer wieder deutlich geworden: Wir brauchen eine größere Sensibilität für Rassismus und Diskriminierung. Der Zwischenbericht schlägt deshalb vor, eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus in der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, von LehrerInnen und PolizeibeamtInnen zu implementieren. Außerdem schlägt die Enquetekommission eine unabhängige, niedrigschwellige Beschwerdestelle zu polizeilichem Fehlverhalten vor.“

Diana Lehmann betrachtete vor allem den Bereich Schule. Diese müsse „ein demokratischer Lern- und Lebensort für Schülerinnen und Schüler werden. Einen Beitrag dazu kann aus Sicht der Kommission eine Stärkung politischer und rassismuskritischer Bildung an Schule leisten. Außerdem sollen Lehr- und Lernmittel auf rassistische und diskriminierende Inhalte und Darstellungen überprüft werden.“

Madeleine Henfling ergänzte: „Um Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz zu schließen, sieht der Zwischenbericht ein Landesantidiskriminierungsgesetz vor. Außerdem sollen rassistisch motivierte Straftaten künftig statistisch erfasst werden, um das Ausmaß derartiger Straftaten bestimmen zu können. Gleichzeitig soll Rassismus innerhalb von Behörden erfasst werden.“

Den Zwischenbericht hatte die Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ in ihrer letzten Sitzung am 13. Dezember schlussabgestimmt, sodass dieser jetzt auch im Landtag diskutiert werden werden. Die Einsetzung der Enquetekommission war als eine Konsequenz aus der rassistischen Mordserie des NSU vom Untersuchungsausschuss 2014 mit den Stimmen aller Fraktionen empfohlen worden, um „Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ zu entwickeln. In der #EnqueteRassismus arbeiten neben Mitgliedern des Landtags auch sachverständige Mitglieder aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit. Der Zwischenbericht wird mit seiner Veröffentlichung auch ins Englische und Arabische übersetzt werden.

FOKUS Jugendpolitik

Speedpodium, Worldcafé und Thementische kamen gut an

Mit einem Speed-Podium im vollbesetzten Plenarsaal startete am 8. Januar die nun schon zweite rot-rot-grüne Veranstaltung „FOKUS Jugendpolitik“. Den Koalitionsfraktionen geht es darum, Jugendpolitik in Thüringen im engen Dialog mit den jungen Menschen selbst und den jugendpolitischen Akteurinnen und Akteuren zu entwickeln.

Das Interesse an der abwechslungsreichen Veranstaltung war groß. Um die 120 Gäste waren gekommen und hatten sichtlich Spaß an dem lebendigen Format. Knackige Fragen und kurze Antworten: Vanessa Klimas und Vincent Sipeer vom Vorstand der Thüringer Kinder- und Jugendgremien interviewten Kati Engel (Fraktion DIE LINKE), Diana Lehmann (SPD-Fraktion) und Astrid Rothe-Beinlich (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), was es denn konkret heißt, dass Jugendpolitik kein Anhängsel sein soll.

Mit Verweis auf Erfurt und Eisenach und ihre Erfahrungen dort verdeutlichten es die Abgeordneten ganz praktisch. Kinder und Jugendliche sollten mitreden und mitentscheiden können, wenn es z.B. um die Planung und Gestaltung öffentlicher Anlagen geht, um Schulwege oder Spielplätze. Sie sollen verbindliche Anhörung- und Mitspracherechte haben und das eigentlich in allen Belangen, denn es gibt ja kaum welche. die sie nicht irgendwie betreffen.

Begrüßt wurde, dass unter Rot-Rot-Grün in Thüringen das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt wurde. Damit dies auch für Landtagswahlen möglich wird, wie es die Koalition will, müsste die Verfassung (mit Zweidrittelmehrheit) geändert werden. Das scheiterte bisher an der CDU.

Der Minister für Jugend, Bildung und Sport, Helmut Holter (LINKE), nahm zu Beginn seiner Ausführungen Anleihe bei Marx. Eigenständige Jugendpolitik werde „zur materiellen Gewalt, wenn sie die Menschen in Thüringen ergreift“. Dafür hat Rot-Rot-Grün Gesetze und Regelungen geändert, die Finanzierung ist wesentlich besser, Schulen und Kommunen werden wirksamer unterstützt, Personal und Strukturen gestärkt.

Es sei bereits viel erreicht worden, „aber jetzt muss es in die Breite Thüringens gehen“, betonte der Minister. Er verwies auf die Landesstrategie Mitbestimmung, mit der die Initiativen auf kommunaler und Landesebene zusammengefasst und kinder- und jugengerechte Partizipationsstrukturen ausgebaut werden sollen. So gebe es bisher nur in acht der 17 Landkreise und sechs kreisfreien Städte in Thüringen Kinder- und Jugendparlamente.

Der Minister kündigte zudem analog dem Bundesbericht einen Thüringer Kinder- und Jugendbericht zu ihrer Lebenssituation an.

Im zweiten Teil zog die Veranstaltung um. Es ging an sechs große Thementische im World-Café. Fast zwei Stunden heiße Diskussionen zu verschiedenen Aspekten der Jugendarbeit, geschickt durch die Moderatoren geführt und mit fassbaren Ergebnissen präsentiert.

Die Abgeordneten dankten in der Schlussrunde fürs engagierte Mitmachen. Eindrucksvoll sei deutlich geworden, der Wille zum Mitmachen ist da, und es geht weiter. Eine dritte FOKUS-Veranstaltung ist ins Auge gefasst.

Reform des Lehrerstudiums

Die Uni Erfurt und die Friedrich-Schiller-Universität Jena zeigen sich offen für eine Reform des Lehramtsstudiums in Thüringen. Wie Bildungsminister Helmut Holter (LINKE) bereits im Sommer vorgeschlagen hatte, sollten Lehramtsstudiengänge nicht mehr streng nach Schulart (Gymnasium, Regelschule) ausgerichtet werden, sondern nach Altersstufen. Das hätte den Vorteil, dass Lehrer an verschiedenen Schulen zum Einsatz kommen können.

Über entsprechende positive Äußerungen aus den Universitäten zeigte sich der hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Schaft, erfreut: „Das ist ein gutes und wichtiges Signal, dass die beiden Hochschulen bereit sind, über den Wandel der Lehramtsstudiengänge von einer Orientierung an Schularten hin zur Orientierung an Altersstufen zu sprechen.“

„Das Aufbrechen der starr nach Schularten getrennten Ausbildung zugunsten eines schulstufenbezogenen Studiums ermöglicht einen flexibleren Einsatz der Lehrkräfte. So wird auch der Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens in Thüringen unterstützt“, sagte der Abgeordnete.

Aus Hochschulkreisen sei ihm zudem bekannt, dass in verschiedenen Arbeitsgruppen schon lange darüber diskutiert und im Sinne der Weiterentwicklung der Qualität der Lehramtsausbildung nach entsprechenden Lösungen gesucht wird. Dass jetzt die Bereitschaft zur öffentlichen Diskussion über die Reform da ist, sei auch der Arbeit und intensiven Diskussion der beteiligten Akteurinnen und Akteure an den Hochschulen zu verdanken.

„Die LINKE-Landtagsfraktion ist bereit, diesen Prozess weiter zu begleiten. Dabei müssen auch die notwendigen Ressourcen und weiterer Reformbedarf beim Lehrerbildungsgesetz thematisiert werden, um die Herausforderungen in diesem Bereich anzugehen“, so Christian Schaft.

Die Linksfraktion hatte im Frühjahr 2017 im Rahmen verschiedener Veranstaltungen zur Lehramtsausbildung in Thüringen die Diskussion dazu begonnen.

» Hotel Panorama

Auf Empörung nicht nur der Gewerkschaft ist die Ankündigung der neuen Besitzer des ehemaligen Treff Hotel Panorama gestoßen, aus dem Tarifvertrag auszusteigen. Das Oberhofer Hotel ist Anfang Dezember 2018 an die Ahorn Gruppe verkauft worden. Der LINKE-Landtagsabgeordnete Knut Korschewsky sagte: „So sehr wir begrüßen, dass die neuen Besitzer der Ahorn-Gruppe umfassende Investitionen in eines der Aushängeschilder Oberhofs angekündigt haben, so wenig darf dies auf Kosten der Löhne der Beschäftigten gehen. Guter Service verdient guten Lohn! DIE LINKE im Thüringer Landtag steht an der Seite der Beschäftigten im Kampf um die Tarifbindung.“

» Nachwahl

Die Abgeordneten der LINKEN haben in ihrer Fraktionssitzung am 9. Januar Ronald Hande als stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden in den Fraktionsvorstand gewählt. Die Nachwahl war durch den Wechsel von Mike Huster als Vizeprädident an den Thüringer Rechnungshof notwendig geworden. Für ihn rückt Marit Wagler als neue Abgeordnete nach. Die 36-Jährige studierte Biologin wohnt in Erfurt und war seit März 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin für Landesentwicklung, Landwirtschaft und Forsten in der Linksfraktion. Ronald Hande, bisheriger Sprecher für Landesentwicklung und Landesplanung, bestimmte die Fraktion zu ihrem finanzpolitischen Sprecher.

» Würdigung

Am 14. Dezember starb Ottomar Rothmann im Alter von 97 Jahren. Namens der Linksfraktion erklärte André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer: „Wir trauern um einen der letzten Überlebenden des KZ-Buchenwald, der sein Leben der mahnenden Erinnerung an die Nazi-Barbarei gewidmet hat und dem Aufkommen von Neofaschismus entschieden entgegengetreten ist. ‚Der Blick in unsere Geschichte verpflichtet uns, alle Kraft gegen Neo-Nazis, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz in jeder Form einzusetzen‘“, zitierte er aus der Rede von Ottomar Rothmann anlässlich des Holocaust-Gedenktages im Jahr 2012 im Landtag.

Zufriedene Gäste kommen wieder

Gute Umsatzzahlen in Südthüringer Gastronomie für Investitionen und gute Löhne nutzen

Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen schauen die Hotellerie und Gastronomie in der Region auf ein gutes Geschäftsjahr zurück. 90 Prozent der Unternehmen erzielten höhere Umsätze, vier von fünf blicken positiv in die Zukunft.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Die IHK Südthüringen führt dies u.a. auf eine höhere Qualität zurück. Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion, sieht es auch so: „Qualität ist der Schlüssel für zufriedene Gäste. Sie kommen wieder und empfehlen unsere Region weiter. Die guten Zahlen zeigen, dass der Fokus auf die qualitative Weiterentwicklung des Tourismus, wie sie die Landestourismusstrategie und das Projekt ‚Zukunft Thüringer Wald' verfolgen, vollkommen richtig sind."

Sorge bereitet den Abgeordneten allerdings die ebenfalls von der IHK Südthüringen festgestellte geringe Bereitschaft zu weiteren Investitionen: „Die Erwartungshaltung der Gäste an touristische Leistung nimmt weiter zu. Vieles wird heute ungefragt vorausgesetzt. Es müssen auch in Zukunft attraktive Angebote unterbreitet werden. Ich appelliere eindringlich an die touristischen Unternehmen, Investitionen weiter voranzutreiben und die gute wirtschaftliche Lage zur Vorsorge zu nutzen. Die rot-rot-grüne Landesregierung steht mit vielfältigen Förderinstrumenten an der Seite investitionsfreudiger Unternehmen."

Wichtig für den zufriedenen Gast sei zudem auch zufriedenes Personal, betont Knut Korschewsky. „Höhere Umsätze sollten auch genutzt werden, um die Leistung der Beschäftigten im Tourismus zu würdigen: Gute Serviceleistung verdient auch einen guten Lohn. Die Motivation unserer Beschäftigten und das Halten von Fachkräften sind nicht zuletzt auch mit einer angemessenen Bezahlung verknüpft. Auch hier hat Thüringen leider noch immer einen deutlichen Nachholbedarf."

Hackerangriff

Datensicherheit

Zahlreiche Abgeordnete und auch Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag waren von der Hackerattacke um die Jahreswende betroffen. Private Chatprotokolle, Handynummern und E-Mailadressen von fast 1.000 Politikern und von Prominenten bundesweit hat ein 20-Jähriger aus Mittelhessen, der noch bei den Eltern lebt, ausspioniert. Zudem gibt es Hinweise, dass der Schüler im Netz rechtsextreme Positionen verbreitet hat und sich im Umfeld rechter „Hacktivisten" bewegte. Bei seiner Vernehmung sagte er nach Angaben des Bundeskriminalamtes, er habe Menschen „bloßstellen" wollen, über deren öffentliche Äußerungen er sich geärgert habe.
Bereits in einer ersten Reaktion hatte die Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, darauf hingewiesen, dass es „sicherlich kein Zufall ist, dass die AfD von dem Angriff verschont geblieben ist. Auch die Kommentierung bei der Twitter-Veröffentlichung benutzt eine Sprache, wie man sie von der extremen Rechten kennt. Ganz offensichtlich zielt die Veröffentlichung auf Einschüchterung, egal ob es sich um Politikerinnen und Politiker, Künstlerinnen und Künstler oder Journalistinnen und Journalisten handelt. Es zeigt damit einmal mehr, dass wir wachsam sein müssen für die Bedrohungen unserer demokratischen Gesellschaft."
Außerdem steht für die LINKE fest: „Künftig muss noch mehr Wert auf Datensicherheit gelegt werden, um das Risiko solcher Angriffe und Missbräuche zumindest zu minimieren."

Braune Hasstiraden

Eisenach und Wartburgkreis: 299 rechte Straftaten in drei Jahren

Wie aktuelle Zahlen in der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage belegen, sind Neonazis im Wartburgkreis und besondere in Eisenach äußerst aktiv. „In den letzten drei Jahren wurden 104 rechte Straftaten im Wartburgkreis festgestellt und 195 Straftaten in Eisenach, dazu kommen zahlreiche Demonstrationen, Aktionen und Musikveranstaltungen. Eisenach gehört damit zu den Hot-Spots der Neonazi-Szene", so Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, und Anja Müller, LINKE-Landtagsabgeordnete aus dem Wartburgkreis.

Besonders hoch war der Anteil an Sachbeschädigungen im letzten Jahr. Dabei dürfte es sich besonders um Neonazi-Schmierereien handeln. Auch die Landesregierung ist der Auffassung, dass viele dieser Schmierereien extrem rechten Jugendgruppen in Eisenach zugeordnet werden müssen, die unter wechselnden Bezeichnungen als „Nationale Jugend Eisenach-Wartburgkreis", „Jugendoffensive Wartburgkreis" und „Nationaler Aufbau" Eisenach auftraten und deren personelle Stärke im unteren zweistelligen Bereich liegen soll. Das gesamte extrem rechte Spektrum in Eisenach/Wartburgkreis beziffert die Landesregierung auf „eine Personenstärke im oberen zweistelligen Bereich".

Katharina König-Preuss: „Mit unzähligen Graffiti sowie braunen Hasstiraden im Netz reklamiert die Neonazi-Szene Eisenach als ihr ‚Hoheitsgebiet' und erzeugt ein Angstszenario. Hinzu kommen gewalttätige Übergriffe, in den letzten drei Jahren allein 17 Körperverletzungsdelikte von extrem Rechten in Eisenach, die den Sicherheitsbehörden angezeigt wurden. Die kontinuierlich stattfindenden einschüchternden Übergriffe und Bedrohungen insbesondere auf engagierte Jugendliche und junge Erwachsene tragen ihr Übriges zur Gesamtlage bei. Dies stellt jedoch nur die Spitze des Eisberges dar, weil nicht wenige Menschen aus Furcht vor Repressalien durch Neonazis vor Anzeigen zurückschrecken."

Anja Müller: „Die organisierte rechte Szene in der Region greift dabei insbesondere auf Strukturen der verfassungsfeindlichen NPD zurück. Die Partei ist mit Kommunalmandaten in Eisenach, im Kreistag sowie in den Gemeinderäten Bad Salzungen, Urnshausen und Mihla vertreten. Besonders attraktiv ist für Neonazis in der Region und darüber hinaus der Rückzugsort ‚Flieder Volkshaus' in Eisenach, der von einem NPD-nahen Verein betrieben und immer wieder für braune Musikveranstaltungen genutzt wird."

„Um zu verhindern, dass Neonazis sich weiter in Eisenach und Umgebung ausbreiten und eine rechte Wohlfühlzone errichten, benötigt es eine klare Haltung gegen Rechts. Dabei sind auch Politikerinnen und Politiker aller Parteien in der Verantwortung, was insbesondere auf kommunaler Ebene auch bedeutet: Keinerlei Zusammenarbeit mit der NPD und extrem rechten Strukturen!", so die beiden Abgeordneten.

„Mit Leib und Seele“

Ina Leukefeld beim Pressegespräch zum Jahresauftakt

All die Jahre, zunächst als Wahlkreismitarbeiterin von Gabi Zimmer, dann seit 2004 selbst Abgeordnete im Landtag – immer per Direktmandat mit etwa 40 Prozent der Stimmen im Wahlkreis Suhl/Zella-Mehlis/Oberhof gewählt -, ist Ina Leukefeld an „ihren“ Themen drangeblieben, nahe bei den Menschen. Ob beim regelmäßigen Arbeitslosenfrühstück im Wahlkreisbüro, mit Mahnwachen und heißem Tee gegen soziale Kälte im Suhler Steinweg, beim Runden Tisch der sozialen Verantwortung in Erfurt oder den Tagungen des Thüringer Arbeitslosenparlaments im Landtag.

Hinzu kommt selbstverständlich und vor allem ihre parlamentarische Arbeit mit Anfragen, Anträgen, Plenarreden, Ausschusssitzungen und so weiter und so fort.
Eine feste Größe ist auch Ina Leukefelds Jahresauftakt-Pressegespräch, bei dem es sich in erster Linie um die Situation auf dem Arbeitsmarkt dreht. Dabei hatte dieser Termin am 3. Januar schon einen Hauch von Abschied. Denn so viel steht fest, es war definitiv das letzte Pressegespräch zum Jahresanfang. Ina Leukefeld wird nicht wieder für den Landtag kandidieren, das hat die 64jährige schon seit längerem angekündigt.

Mindestlohn muss auf zwölf Euro angehoben werden

Die Abgeordnete ist von Anfang an arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Und sie sei es „mit Leib und Seele“, wie sie betont. Arbeit haben oder nicht, davon leben können oder auf Hilfen angewiesen zu sein, „das sind schließlich grundlegende Fragen für die Menschen“. Klar sei die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Thüringen sehr erfreulich. Seit Ina Leukefeld seitens der Fraktion hierfür zuständig ist, also seit dem Jahr 2005, ging diese Quote von damals 15,7 Prozent auf aktuell fünf Prozent zurück. Thüringen steht damit an der Spitze der neuen Bundesländer. Dass der Mindestlohn, für den sich die LINKE seit langem engagiert hat, eingeführt wurde, ist natürlich zu begrüßen, auch wenn die gegenwärtig 9,19 Euro, die zum 1. Januar 2020 auf 9,35 Euro erhöht werden, noch längst nicht ausreichen. Niedriglohn und prekäre Beschäftigung seien für noch zu viele Frauen und Männer bittere Realität, gibt Ina Leukefeld zu bedenken. Mit Blick auf die zu Jahresbeginn erhobenen Mahnungen von Gewerkschaftsbund und Sozialverbänden nach einem höheren Einkommensniveau positionierte sich die Abgeordnete und erklärte: „Erst kürzlich hat die Bundesregierung einräumen müssen, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland groß ist. Gerade Thüringen hat die CDU jahrelang zu einem Niedriglohnland entwickelt. Das ist ein Skandal und sorgt zu Recht für Unmut bei den Menschen. Daher brauchen wir jetzt als Sofortmaßnahmen die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro, die Abschaffung prekärer Jobs und die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Auch der berechtigten Angst der Menschen vor Altersarmut könne nur mit einer garantierten Mindestrente entgegengewirkt werden.“

Mit Rot-Rot-Grün wurden entscheidende Schritte möglich

„Dass viele Menschen trotz Arbeit in Armut leben müssen, ist ein besorgniserregender gesellschaftlicher Zustand und eine Situation, die nicht hingenommen werden kann“, begründete Ina Leukefeld das Vorhaben einer Bundesratsinitiative, „die wir mit unseren Koalitionspartnern beraten, um gemeinsam diese wichtigen Forderungen einzubringen“.

Vor dem Hintergrund der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen war und ist der soziale Arbeitsmarkt für die LINKE-Politikerin von besonderer Bedeutung, getreu ihrem Grundsatz, „es ist besser, Arbeit zu finanuieren statt Arbeitslosigkeit“.

Mit der rot-rot-grünen Landesregierung wurde es endlich möglich, hier entscheidende Schritte nach vorn zu gehen. Über ein entsprechendes Programm fördert das Land bis zum Ende der Legislatur in diesem Jahr insgesamt 1.500 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose im Alter von über 55 Jahren. Hinzu kommen im Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ vor allem Angebote zur beruflichen Qualifizierung und Integration von Geflüchteten. Im Rahmen von 47 Projekten konnten hier bisher 5.900 Menschen erreicht werden.

Konkrete Wirkung

Immer wieder informiert sich die Arbeitspolitikerin über die konkrete Wirkung von öffentlich geförderter Beschäftigung. So wurde am Rennsteig bei Oberhof - das Foto entstand im Oktober 2016 - gemeinsam mit dem Regionalverbund Thüringer Wald und ThüringenForst wichtige Arbeit geleistet. Insgesamt waren am Rennsteig von Marksuhl über Oberhof bis Masserberg und Schleiz 56 Menschen über solche Maßnahmen im Einsatz.

Sorgerecht

Kindeswohl im Wechselmodell

Im elterlichen Sorgerecht bei Trennung und Scheidung findet seit Jahren eine Entwicklung zu mehr Gleichstellung der Partner statt. Als weitreichender Fortschritt wird das so genannte „Wechselmodell“ gesehen. Bei dieser Sorgerechtsregelung treffen die (ehemaligen) Partner alle Entscheidungen das Kind betreffend gemeinsam und das Kind hat bei beiden Partnern jeweils einen zeitlich „hälftigen“ Aufenthalt und Lebensmittelpunkt. Auf dem Papier ist das die beinahe optimale Gleichstellung aller Beteiligten. Im praktischen Fall ist das oft hochproblematisch. Denn das Wechselmodell „funktioniert“ nur gut, wenn die beteiligten Erwachsenen verantwortungsvoll, konfliktfrei, also auch ohne häusliche Gewalt, und gemeinsam auf das Wohl des Kindes und seine Entwicklung orientiert handeln.

Praktische Erfahrungen von Betroffenen zeigen, dass Jugendämter und Gerichte in Thüringen in zahlreichen Fällen das Wechselmodell bevorzugen, auch wenn die o.g. Voraussetzungen zu seinem Gelingen nicht gegeben sind und selbst dann, wenn andere Beteiligte, wie Ärzte und Sozialarbeiter, auf diese Mängel hinweisen. Das Wechselmodell, so viele Fachleute, darf nur zur Anwendung kommen, wenn das Kind älter als zwei bzw. drei Jahre ist und wenn die praktische Umsetzung keinen Wohnort-, Kita- oder Schulwechsel erfordert. Auch diese Vorgaben werden oft ignoriert. Viele Betroffene stellen deshalb die Frage nach der fachlichen Eignung der Entscheidungsträger in Jugendämtern und Familiengerichten und sehen diese Sorgerechtspraxis sehr kritisch. Sie monieren, dass das Kindeswohl als wichtigster Maßstab der Entscheidung auf der Strecke bleibt. Die praktischen Erfahrungen zeigen, dass unter der missglückten Umsetzung des Wechselmodells vor allem die Kinder leiden – bis hin zu ernsthaften Erkrankungen.

Eine Gruppe Betroffener hat sich nun an die LINKE-Fraktion bzw. Margit Jung als familienpolitische Sprecherin gewandt mit der Bitte, das „Wechselmodell“ verstärkt in den Blick der politischen Arbeit zu nehmen. Die Antworten der Landesregierung auf zwei Anfragen Margit Jungs – zusammen mit Karola Stange, sozialpolitischer Sprecherin – legen die Überlastung der Familiengerichte in Thüringen offen. Bei einer solchen Anzahl von Verfahren im Jahr pro Familienrichter-Stelle wird es aus Zeit- und Kapazitätsgründen schwierig, den Qualitätsanforderungen – vor allem sorgfältige Klärung des Sachverhalts im Einzelfall – gerecht zu werden. Aufbauend auf diesen Informationen und den Gesprächen mit den Betroffenen werden die Koalitionsfraktionen einen Antrag zu diesem Thema in den Gleichstellungsausschuss einbringen verbunden und mit einer Anhörung von Betroffenen und Fachleuten.

Nebenbei notiert

Kein Grund für Alarmismus

KOMMENTAR VON
MDL KNUT KORSCHEWSKY

Zu Jahresbeginn machten Meldungen über Einbrüche beim Tourismus in Thüringen die Runde. Aber an dieser Stelle hätte man einmal nachdenken sollen, und vor allem die CDU, die sogleich Alarm schlug.

Schließlich überrascht es nicht, dass zuvor das Jahr 2017 mit dem Reformationsjubiläum gerade bei den internationalen Gästen zu absoluten Spitzenwerten geführt hat. Zu vergleichen sind also vielmehr die Zahlen der ersten drei Quartale von 2018 mit denen von 2016, das ein deutlich besseres Referenzjahr ist. Hier sind die Übernachtungszahlen stabil und die der Gästeankünfte sogar leicht gestiegen. Auch liegt die Zahl der internationalen Gäste leicht über der von 2016 (211.000 zu 203.000 Gäste). Das stellt mich nicht zufrieden, zeigt jedoch, dass es keinen Grund für Alarmismus gibt.

Ich möchte die CDU auch noch auf andere Zahlen aufmerksam machen. Seit in Thüringen Rot-Rot-Grün regiert wurden die direkten Mittelzuweisungen für den Tourismus von sieben (2014) auf elf Millionen Euro (2019) erhöht. Für den Landeshaushalt 2020 ist eine weitere erhebliche Mittelsteigerung geplant.
Die neue Tourismusstrategie, das Projekt ‚Zukunft Thüringer Wald' und die Wanderwegekonzeption haben den Thüringen-Tourismus neu ausgerichtet, wofür es viel Lob und Anerkennung gibt. Die Sicherung und der Ausbau des Rennsteigtickets, die Fortschritte am Thüringer Meer und viele weitere Projekte zeigen, dass sich etwas bewegt, wo unter den CDU-Regierungen vor allem Stillstand oder lokales Konkurrenzdenken herrschten.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

„Schämen Sie sich!"

Zu Äußerungen eines AfD-Politikers gegen Menschen mit Behinderung

Eine Gesetzesvorlage der rot-rot-grünen Koalition führte im Landtag vor Weihnachten zu heftigen Diskussionen. Sie formuliert, dass Menschen, die nach richterlicher Anordnung in allen Angelegenheiten betreut werden müssen, zukünftig ihre Stimme bei Kommunal- und Landtagswahlen abgeben dürfen.

Bei und nach der Rede des Rechtsaußen-AfD-Politikers Stefan Möller in der Plenardebatte riefen ihm Abgeordnete aus den demokratischen Fraktionen zu: „Schämen Sie sich!" Seine Äußerungen seien menschenfeindlich. Zu diesen Reaktionen kam es, weil Möller in seinem Beitrag zu Verstehen gab, dass nach richterlicher Anordnung voll betreute Menschen generell und pauschal nicht in der Lage seien, das Wahlrecht wahrzunehmen.

Knut Meenzen, Mitglied des SprecherInnenrates der Landesarbeitsgemeinschaft selbstbestimmte Behindertenpolitik der Thüringer LINKEN und selbst seit über acht Jahren rechtlicher Betreuer, hat sich die Debatte angesehen und sagte:

„Dieser ‚Politiker' meint also, dass alle Menschen mit Einschränkungen oder Behinderungen generell nicht in der Lage seien, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Unterschiede und verschiedene Ursachen von Behinderung wurden von ihm nicht ansatzweise beleuchtet. Für den Rechtspopulisten ist das wahrscheinlich viel zu vielfältig und komplex. Ihm geht es um das plumpe Vorurteil.

Er will auf populistische Art bei möglichst vielen Menschen Interesse für ein Thema wecken, von dem kaum jemand – Möller vor allem nicht – eine Ahnung hat. Er suggeriert, dass Menschen mit Behinderung pauschal nicht in der Lage seien, Entscheidungen zu treffen. Erst recht keine politischen.

In Folge der Rede im Landtag wurde dieses Thema auf verschiedensten Facebookseiten diskutiert. Genau diese Reaktionen sollten wohl mit der Rede provoziert werden. Selten habe ich in Kommentaren so viel Halb- und Unwissen gelesen, welches mit so viel Selbstbewusstsein verteidigt wird. Einer stellt sogar die Frage ‚Wann dürfen Eisenbahnschienen wählen?' Die AfD hat damit wieder ein ‚gutes' Thema für die Stammtische gefunden – auf Basis ihrer schwachen und falschen Argumente.

Möller wollte jedenfalls keinen sachlichen Beitrag leisten. Sonst hätte er den Stand der Erkenntnisse wiedergeben müssen: Nicht jede Behinderung oder Einschränkung beeinflusst die Menschen gleich. Geistige Einschränkungen, körperliche Behinderungen, psychische Erkrankungen - alles das wirft der menschenverachtende AfDler in einen Topf und rührt kurz um. Heraus kommt dann braune Soße, in der der Begriff ‚Behinderung' schwimmt.

Diesen undifferenzierten Begriff bringt er durch seine Rede im Landtag unters Volk und findet, dass ‚die Behinderten' nicht wählen dürfen. Meine Befürchtung ist, dass am Ende der Debatte dann das Thema Euthanasie unkritischer diskutiert und die Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus zur Normalität wird. Darum bin ich den demokratischen Fraktionen im Thüringer Landtag sehr dankbar für ihre eindeutigen Stellungnahmen."

Ein Jahr Programm für Akzeptanz und Vielfalt

Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen laden zu einem Festempfang „Ein Jahr Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt" ein. Er findet am Mittwoch, den 23. Januar, ab 17 Uhr im Thüringer Landtag (Raum 125/125a) statt.

Am 30. Januar 2018 wurde das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt von der Thüringer Landesregierung beschlossen. Es entstand in einem partizipativen Verfahren von zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Thüringer Ministerien. In 18 gemeinsamen Sitzungen wurden über 220 Maßnahmen entwickelt. Die gesellschaftliche Anerkennung der Vielfalt von geschlechtlichen Identitäten, Lebensentwürfen, die Stärkung sexueller Orientierung und die Förderung der Akzeptanz für Lebenssituationen und Bedarfe von LSBTIQ* in Thüringen sind Ziele des Landesprogramms. Die Koalitionfraktionen danken den zivilgesellschaftlichen Organisationen und der LSBTIQ*-community für ihr Engagement für ein offenes, buntes und vielfältiges Thüringen und für die Erarbeitung des Landesprogramms.

Foto: © DIE LINKE Nordrhein-Westfalen / https://www.flickr.com/p

Im Juli 2018 nahm die Koordinierungsstelle für LSBTIQ*-Arbeit in Thüringen ihre Arbeit auf. Sie koordiniert die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der LSBTIQ*-Arbeit, trägt zur Vernetzung bei und begleitet die Umsetzung des Landesprogramms.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler